

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

GR

OBERBÜRGERMEISTER		
17. OKT. 2011		
II	1 Zur KIS	3 Zur Stellungnahme
	2 Zw.V.	4 Auszug der Ad- sendung vorliegt
		5 Antwort zur Unter- schrift vorliegen

Mm

Kopie: Ref. VI



Humboldtstraße 104
90459 Nürnberg
Telefon: 0911 – 2 87 60 13
Fax: 0911 – 2 87 60 16
www.linke-liste-nürnberg.de
linke-liste-nuernberg@t-online.de

Nürnberg, 13. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Stadtratsgruppe der Linken Liste stellt folgenden Antrag:

1. Die geplante Fahrpreiserhöhung der VAG wird nochmals im Stadtrat behandelt.
2. Der Beschluss von einer Erhöhung von 30 Prozent bis 2015 wird zurück genommen.
3. Der Stadtrat und die dort vertretenen Parteien appellieren an die Bayerische Landesregierung und an die Bundesregierung, die angekündigten Zuschusskürzungen nicht umzusetzen.

Begründung:

Von Armut sind nicht nur Arbeitslose und Hartz IV-Empfänger_innen betroffen, sondern zunehmend auch Arbeitnehmer_innen im Niedriglohnbereich, Familien, Rentner_innen, Allein Erziehende und Weitere, die knapp über dem Hartz-VI-Satz liegen.

Deshalb muss jede weitere Kostenabwälzung auf die Bürger_innen vermieden werden. Die Fahrpreiserhöhung der VAG von 30 Prozent bis 2015 ist sozial unzumutbar für den Großteil der Fahrgäste. Für die Benutzer_innen des öffentlichen Nahverkehrs ist es ein zwingendes Transportmittel ohne Alternative.

Die VAG begründet die Preiserhöhung u. a. mit Kürzungen von Fördermitteln durch Land und Bund. Stufenweise sollen bis 2020 die Bundesmittel komplett wegfallen. Wie können die Nürnberger Stadträte dies für gut befinden, was ihre Mutterparteien hier beschlossen haben? Im selben Atemzug werden den Banken Milliarden zur Verfügung gestellt.

Der eingeschlagene Weg ist eine Sozialisierung der Schulden der VAG und widerspricht der kommunalen Aufgabe, Mobilität für alle zu ermöglichen. Die Bürger_innen können ihre ständig wachsenden Ausgaben, wie Miet- und Mietnebenkosten, auf niemanden abwälzen. Wie soll das ausgeglichen werden, wenn die Löhne und Gehälter stagnieren?

Mit der Verschuldung des Flughafens hat OB Maly im Vergleich zur VAG eine andere, schnelle Lösung gewählt, die nicht die Fluggäste belastet, aber den Haushalt. Worauf beruht diese unterschiedliche Handhabung?

Wir brauchen ein attraktives Tarifangebot, den Ausbau der Streckenverbindungen und mit der Steigerung der Fahrgastzahlen steigen auch die Einnahmen. Nur so rum macht es einen Sinn und entspricht einer nachhaltigen verantwortungsvollen Verkehrspolitik.

Als Beispiel dafür ist Wien zu nennen. Hier hat kürzlich Rot-Grün die Preise zugunsten der Fahrgäste reformiert. Die Jahreskarte kostet zukünftig 365 € und damit 84 € weniger als bisher. 1 € pro Tag für das gesamte Streckennetz in einer Millionenstadt ist also möglich. Die dadurch entstehenden Mehrkosten von 30 Mio. werden durch höhere Zuschüsse der Stadt und durch mehr Fahrgäste kompensiert.

In Nürnberg haben sich Tausende von Bürger_innen mit ihrer Unterschrift für eine Rücknahme dieser Preisankündigung ausgesprochen. Dieser Bürgerwille muss ernst genommen werden. Der Großteil der Unterzeichner_innen war nicht über diese Planung informiert und ist entsetzt. Dieser weitreichende Beschluss muss noch mal im Stadtrat behandelt werden, so wie man auch mit dem Erhalt der Straßenbahn 9 durch die Pirckheimer Straße verfahren ist.

Als Anhang ist ein Aufruf des „Nürnberger Bündnisses gegen Fahrpreiserhöhung“ angefügt. Dieses Bündnis hat bereits eine Vielzahl von Aktivitäten durchgeführt und auf die massiven Auswirkungen auf die Bürger_innen aufmerksam gemacht. Namhafte Vertreter_innen von gesellschaftlichen Gruppen fordern die Rücknahme dieses Beschlusses.

Mit freundlichen Grüßen



Marion Padua
Stadtratsgruppe Linke Liste



Eylem Gün

Wir wollen eine Stadt, in der öffentliche Verkehrsmittel Vorfahrt bekommen!

Ohne guten öffentlichen Nahverkehr gibt es keine lebenswerte Stadt. Das erfordert entsprechende Prioritäten im städtischen Haushalt. Während für Prestigeobjekte, wie den Flughafen, quasi auf Zuruf zweistellige Millionenbeträge bereitgestellt werden, darf der öffentliche Nahverkehr nicht (nicht nichts) mehr kosten. Statt einer Abwärtsspirale (höhere Fahrpreise – weniger Fahrgäste – schlechtere Auslastung – höheres Defizit – Angebotsverschlechterung – usw.) brauchen wir ein Zuwachs-Konzept für Busse und Bahnen.

Wir wollen eine Stadt, in der die Bürger_innen vor grundlegenden Weichenstellungen mit einbezogen werden!

Einer Entscheidung mit so weitreichenden Folgen hätte eine breite öffentliche Diskussion vorangehen müssen. Das Gegenteil war der Fall: der Fahrpreis-Sprung um 30% wurde im engsten Zirkel kommunaler Entscheidungsträger festgelegt und im Schnellverfahren durch die Entscheidungsgremien gewinkt. Jetzt hoffen die Verantwortlichen offenbar, dass die Bürger_innen nach einem kurzen Aufschrei wieder zur Tagesordnung übergehen und sich murrend mit der Erhöhung abfinden.

Diese Rechnung wird nicht aufgehen – weil uns Nürnberger_innen und Fürther_innen nicht egal ist, wie wir in Zukunft in der Stadt mobil sein können. Wir mischen uns jetzt ein und helfen den Kommunalpolitiker(inne)n auf die Sprünge. Die 30-prozentige Fahrpreiserhöhung muss zurückgenommen werden, die Kurzstreckenregelung für Fürth muss erhalten bleiben – dann kann die Diskussion über die besten Strategien für einen attraktiven und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr erst richtig beginnen.

„Eine Dummheit macht auch der Gescheiteste“ – wenn OB Maly dieses alte Sprichwort beherzigt, sollte er jetzt die Initiative ergreifen, um eine krasse Fehlentscheidung zu korrigieren.

Unsere Forderung ist klar und einfach:

Bürgerwillen respektieren – Neu nachdenken! Fahrpreiserhöhung zurücknehmen!

Bündnis gegen Fahrpreiserhöhung

Der VGN will unser letztes Hemd!

30-prozentige Fahrpreiserhöhung in Nürnberg und Fürth: Bürgerwillen respektieren – Neu nachdenken! Entscheidung zurücknehmen!

Selten ist eine kommunalpolitische Entscheidung des Nürnberger Stadtrats auf so einhellige Ablehnung in der Öffentlichkeit und bei den Bürger_innen gestoßen, wie die Erhöhung der Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel. Um mehr als 14% zum 1.1.2012 und um insgesamt 30% bis zum 1.1.2015 sollen die Fahrpreise für die Stadt Nürnberg steigen.

Auch der Fürther Stadtrat hat einen gleichartigen Beschluss gefasst – durch den Wegfall des Kurzstreckentarifes für das Stadtgebiet Fürth fällt hier die Erhöhung noch stärker aus.

Mit diesen Entscheidungen werden die Weichen für die Zukunft falsch gestellt. Es geht hier nicht um haushaltspolitische Detailprobleme, sondern um die Frage: Was für eine Stadt wollen wir?

Wir sind uns einig:

Wir wollen eine Stadt, in der sich alle Bürger_innen den öffentlichen Nahverkehr leisten können!

Die tatsächlichen Einkommen sind für den größten Teil der Bevölkerung im Großraum Nürnberg in den letzten Jahren nicht gestiegen, sondern gesunken. Für große Bevölkerungsgruppen (z. B. Arbeitslose, Niedriglohn-Beschäftigte, Auszubildende, Student_innen, Rentner_innen) sind schon die heutigen Fahrpreise zu hoch und wirken sozial ausgrenzend. Deswegen setzen sich seit Jahren Menschen aus der Region für die Einführung eines „Sozialtickets“ ein. Obwohl eine breite Mehrheit diese Forderung unterstützt, ist bisher nichts geschehen. Stattdessen wurde innerhalb weniger Wochen eine drastische Fahrpreiserhöhung angekündigt und beschlossen, die die soziale Schieflage noch verstärkt.

Wir wollen eine Stadt, in der Umwelt- und Klimaschutz tatsächlich gelebt werden!

Ein großer Teil der Schadstoff- und CO₂-Emissionen geht auf das Konto des Autoverkehrs. Ein attraktiver und bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr ist der Schlüssel zur Lösung dieses Problems. In Sonntagsreden ist viel von Nürnberg als „Umwelthauptstadt“, vom Umsteigen auf Busse und Bahnen die Rede. 30% höhere Fahrpreise werden ein Umsteigen bewirken – aber in die falsche Richtung.